

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint täglich (außer Sonntagen) nur morgens, Montag nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Morgen-Ausgabe

Abonnementspreis für die Seite 40 Pf. ... Haupt-Expeditoren: SW. Kreuzstraße 45/46.

Verlag: Carl Eckardt, Berlin W. Verlag: Druck: Rudolf Hoffe, Berlin SW.

„Justizmärchen.“

Schmidt, Kade und andere.

Den Titel „Klassenjustiz“ führt eine dieser Tage im Besitze von Albert Kauf u. Co. in Berlin erscheinende Schrift, die einen preussischen Richter, den Landgerichtsrat Kade, zum Verfasser hat.

Die Selbstverständlichkeit denkt dabei niemand an bewusste Rechtsbeugungen im Klasseninteresse. Subjektiv haben jene Richter nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt.

Nur in diesem Sinne ist der Vorwurf auch von durch- aus „Ansehensreichen“ Seite erhoben worden, beispielsweise von Professor Zeller in den „Preussischen Jahrbüchern“.

Die Kade'sche Schrift verleiht ihren Eindruck ganzlich, weil sie das Vorhandensein von Klassenjustiz selbst in diesem beschränkten Umfang, in dieser beschränkten Definition zu bestritten unternimmt.

Große Mühe gibt sich Herr Kade, es als Märchen hinzustellen, wenn man erzählt, daß preussische Richter wegen ihrer Tätigkeit in Strafprozessen in eine Zivilabteilung versetzt worden seien.

Über die Verweisung des Herrn Dr. Kern, der unferes Erachtens die ihm in der reaktionären Presse gemachten Vorwürfe nicht verdient hat, wollen wir mit Herrn Kade nicht rechten.

Das ist eine einfache Selbstverständlichkeit. Es ist aber ungenügend bezeichnend für unsere Zeit, daß etwas so Selbstverständliches so großes Aufsehen erregt und Herrn Schmidt das entzogen konnte, was ihm anfangs so wichtig war.

Die Erklärung des Landgerichtsdirektors Alexander Schmidt ist doch wohl deutlich genug.

Nun, Herr Landgerichtsrat Kade, wollen Sie jetzt, nachdem wir mit Hilfe des Herrn Schmidt selbst Ihrem Gedächtnisse zu Hilfe gekommen sind, noch behaupten, daß der Verlust, einen Strafammerverordnen wegen seiner richterlichen Tätigkeit zu verlieren, gemacht worden ist? Hierher gehört auch die Verweisung des Landgerichtsdirektors Zeller und des Landgerichtsrats Dück an Zivilkammern.

Die Erklärung des Landgerichtsdirektors Alexander Schmidt ist doch wohl deutlich genug.

In diesem Prozesse nicht mehr Strafrichter. Der sächsischen Justizminister hatte damals im Reichstage, noch bevor die schriftliche Begründung des Urteils vorlag, erklärt, er könne an die Möglichkeit, daß ein Gericht so urteile, nicht glauben; er wolle das schriftliche Urteil abwarten.

Es sind aber noch andere Zeugnisse für das Vorhandensein, was Herr Kade in das Gebiet der Fabel zu versetzen sich bemüht. Als das Sozialengesetz entworfen wurde, wollte Kaiser Wilhelm die Entscheidung der Reichsversammlung dem Bundesrat zuweisen.

Als richterliche Mitglieder (der Reichsversammlung) seien ihm (dem Kaiser) die Mitglieder des Obertribunals v. Gadowitz, Grawert, Kohn und Zeitz als politisch vollkommen zuverlässig bezeichnet worden.

Man unterschätzte also oder hat wenigstens unterschätzen zwischen volkrechtlich zuverlässigen und politisch nicht zuverlässigen Richtern und es hat, der vorragende Rat und spätere Kultusminister Boffe befindet es, einen preussischen Justizminister gegeben, der gegen eine derartige Beurteilung nicht ohne Verwahrung einzuwenden hat die Regierungsbank, die mit „politisch zuverlässigen Richtern“ rechnete, dadurch noch mehr bloßstellte, daß er die preussischen Richter überhaupt als politisch zuverlässig bezeichnete.

Der Reichstag

genehmigt in seiner gestrigen Sitzung den Nachtragsetat für die Finanzveranschlagung an die Reichsbeamten ihre Kontingentverteilung. Die zweite Lesung wird daher bereits heute stattfinden.

Bei der darauf folgenden zweiten Lesung der Vorlage über die neue Maß- und Gewichtsordnung wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der eine von Zeit zu Zeit vorzunehmende Revision der Forderungen vorzuziehen, abgelehnt.

Abgelehnt wurde ebenfalls ein anderer sozialdemokratischer Antrag, der sich für die Beibehaltung der kommunalen Einkünfte ausspricht. Gemütskommen, die heute aus ihren Einkünften erhebliche Lebensmittelposten erzielen, werden sich nicht über die Verstaatlichung des Gemeinwesens nicht sonderlich erbaulich äußern; aber selbst wenn der sozialdemokratische Antrag vom Reichstage angenommen worden wäre, würden diese Kommunen an der Beibehaltung ihrer Einkünfte nicht das geringste Interesse haben, da das neue Gesetz ausdrücklich bestimmt, daß die Einkünfte der Selbstkosten nicht überschreiten dürfen.

Über dieses „Unannehmliche“ kam es zu einer lebhaften Debatte zwischen dem Zentrum und dem Reichsfinanzminister. Dieser erklärte, die Regierung habe nur im Interesse der Reichskasse zu handeln, um der Konkurrenz der Reichskasse entgegenzutreten.

Der Nationalsozialistische Verein in Erlangen beschloß in seiner außerordentlichen Generalversammlung vom 2. Mai von Nürnberg aus den Reichstagen und damit im Zusammenhang den Austritt aus dem Deutschen Bundesrat und nationalsozialistischer Reichstag.

Schulstift und Schulverhältnis.

Mehrere baptistische Mütter ließen ihre Kinder nicht an einem Schulstift teilnehmen, weil sie die Gefahr aussetzen wollten, zu tanzen. (1) Auch wollten sie sich verhindern, geistliche Beträge zu genießen. Sie wurden deshalb wegen Schulverhältnis ihrer Kinder in eine Strafe genommen.

Die Reichsstaatskommission

ist gestern in Braunschweig unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Reich zu ihrer Freizeitsitzung zusammengetreten. Es nahmen folgende Herren als Mitglieder teil: Der vorliegende Rat im Unterrichtsministerium Dr. Hoffe aus Berlin, der Direktor der Technischen Hochschule in München Professor Dr. Ritter von Duf, der sächsische Schulrat Schulze und vortragende Rat im Unterrichtsministerium Dr. Seitzler aus Dresden, der Ministerialdirektor im königlich württembergischen Kultusministerium Dr. v. Klotze aus Stuttgart, das Kollegialmitglied des großherzoglich badischen Obertribunals Schulze, Dr. Oster aus Karlsruhe und der Schulrat der freien Hochschule Bremen Sander.

Herr Bueck und der Bund der Industriellen.

Wie wir bereits mitteilten, hat der Bund der Industriellen seinen Austritt aus der Interessengemeinschaft der deutschen Industrie, die vom Zentralverband deutscher Industrieller, von der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen und im gegründet worden war, angezeigt.

Die Interessengemeinschaft der deutschen Industrie hatte schon vor Jahresfrist beschlossen, der Ober der Errichtung einer Handelskammer in Berlin zu übergeben und diesen Gedanken in Eingaben an die Reichsbehörden zum Ausdruck gebracht. Ihrem Wunsche entsprechend, sollte den weiteren Kreisen der Industrie Gelegenheit gegeben werden, sich zu dem Plane zu äußern.

Wegen einer Kritik von Schulzuständen ist ein Lehrer bestraft worden. In der „Vorbereitung“ veröffentlichte in der Mittelschulischer Kreistagung einen Artikel, in dem er nachdrücklich auf den vielfach ungenügenden Charakter der Volksschule in erster Linie der Lehrerangel und die dadurch hervorgerufene Ueberfüllung der Klassen hinwies.

Der geschickte ehemalige Vorgesetzte.

Wegen einer Kritik von Schulzuständen ist ein Lehrer bestraft worden. In der „Vorbereitung“ veröffentlichte in der Mittelschulischer Kreistagung einen Artikel, in dem er nachdrücklich auf den vielfach ungenügenden Charakter der Volksschule in erster Linie der Lehrerangel und die dadurch hervorgerufene Ueberfüllung der Klassen hinwies.

Ein Erfolg des Abduktors?

Abduktors Philibert hat nach Paris gesehelt, daß Saffi am Sonntag von den Truppen des Sultan Abdurhamid in Schwereit reich bestraft worden sei. In diese Richtung wolle, so würde eine Schlappe für Mules Daffi bedeuten.

Ein weiterer unglückliche Nachricht über Mules Daffi

Ein weiterer unglückliche Nachricht über Mules Daffi wird aus Massana gesehelt. Dort ist das Gewicht vermindert, daß Si Mula, der Minister des Reiches Daffi, verurteilt.